











































schäftigten ohne eine Berufsausbildung ein monatliches Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Der Niedriglohnanteil der Vollzeitbeschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung liegt mit 14,7 Prozent dazwischen.

Betrachtet man jedoch den Anteil der jeweiligen Qualifikationen am gesamten Niedriglohnsektor, so wird deutlich, dass die weitverbreitete Behauptung, dass der Niedriglohnsektor insbesondere ein Sammelbecken für gering Qualifizierte sei, nicht der Realität entspricht. So haben insgesamt mindestens 47,4 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Niedriglohnempfänger entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Von den rund 311.000 vollzeitbeschäftigten Niedriglohnempfängern haben mindestens 139.000 Personen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Studienabschluss und besitzen somit eine formale berufliche Qualifikation. Dagegen ist der Anteil von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsausbildung am gesamten Niedriglohnsektor mit mindestens 16,4 Prozent vergleichsweise gering.<sup>15</sup>

Differenziert nach Altersklassen zeigt sich, dass der Anteil an Niedriglohnbeziehern besonders bei den unter 25-Jährigen gravierend hoch ausfällt (48,5 Prozent) und dies obwohl Auszubildende in der Analyse nicht berücksichtigt werden. In der mittleren Altersklasse (25- bis unter 50-Jährige) und der höheren Altersklasse (50-Jährige und älter) ist der Niedriglohnanteil mit 18 Prozent beziehungsweise 15 Prozent nicht überproportional stark ausgeprägt. Wie auch in Westdeutschland (48,8 Prozent) sind damit insbesondere jüngere Vollzeitbeschäftigte von niedrigen Löhnen betroffen.

Deutliche Unterschiede gibt es auch beim Vergleich von Deutschen und Ausländern. So erzielten im Jahr 2010 17,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten Deutschen und 33,5 Prozent der vollzeitbeschäftigten Ausländer ein monatliches Entgelt unterhalb der Niedriglohnschwelle. Die Verteilung der Niedriglohnbeschäftigten nach Nationalität zeigt jedoch, dass 83 Prozent aller Niedriglohnbeziehenden Deutsche (circa 259.000 Personen) und 17 Prozent Ausländer (circa 53.000 Personen) sind.

### **Niedriglohnbeschäftigung nach Branchen und Berufen in Hessen**

Neben den Niedriglohnanteilen in den einzelnen Beschäftigtengruppen, ist es für die Strukturanalyse des Niedriglohnsektors ebenso von besonderer Bedeutung, wie sich die Personen, deren Einkommen sich unterhalb der Niedriglohnschwelle bewegt, über die verschiedenen Branchen und Berufen hinweg verteilen.

Die Analyse nach Wirtschaftsabschnitten zeigt, dass sich die Niedriglohnbezieher keineswegs über alle Branchen hinweg gleichmäßig verteilen.<sup>16</sup> Vielmehr reicht die Spanne in Hessen von 1,2 Prozent im Sektor der Energieversorgung bis zu 75,5 Prozent im Bereich Private Haushalte. Drei von vier sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in der letztgenannten Branche arbeiten somit für einen Niedriglohn.

---

<sup>15</sup> Bei 112.891 beziehungsweise 38,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ist keine Zuordnung möglich. Daher können wir nur Mindestaussagen treffen.

<sup>16</sup> Wir verwenden die aktuelle Klassifikation der Wirtschaftszweige, WZ08.





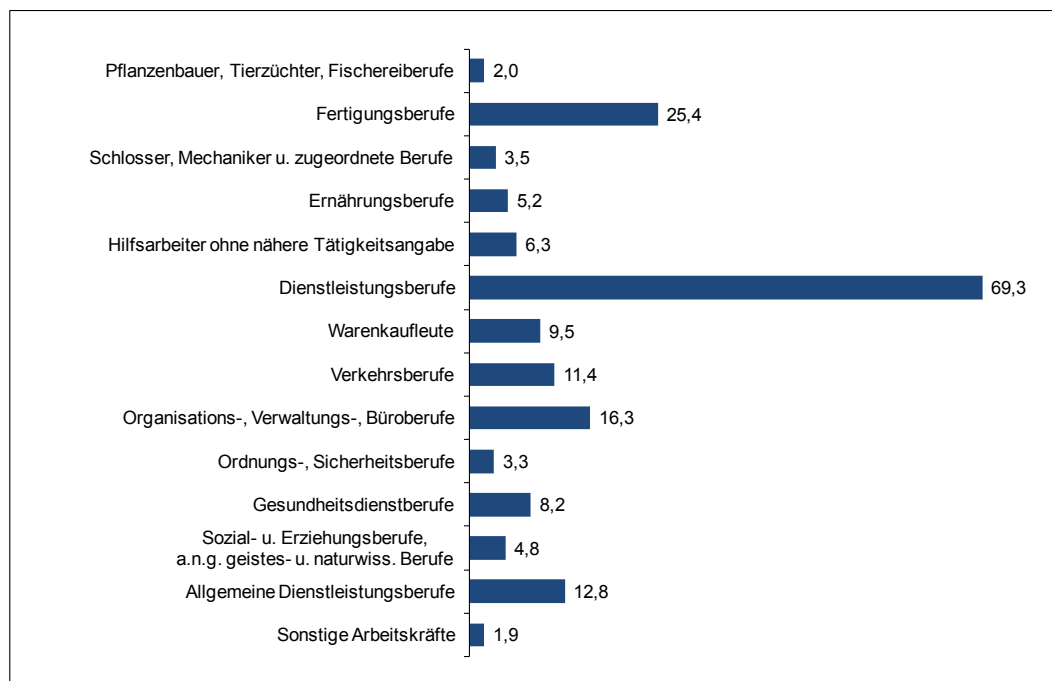
- Verkehrsberufe (27,2 Prozent), z. B. Schienenfahrzeugführer, Omnibusführer, Taxifahrer, Postfachkräfte etc.,
- Warenkaufleute (28,9 Prozent), z. B. Einzelhandelskaufleute, Apothekenhelferinnen, Tankwarte etc.,
- Sozial- und Erziehungsberufe (19,8 Prozent), z. B. Sozialarbeiter, Erzieher, Skilehrer, Berufsberater, Fahrschullehrer.

Verfolgt man die Diskussion um den Fachkräftemangel beispielsweise im Bereich Pflege und Gesundheit (vgl. Pohl 2011) ist gerade der hohe Anteil von Niedriglohnbezieherinnen bei den Gesundheitsberufen erstaunlich. Andererseits erscheint der diagnostizierte Mangel an Fachkräften in diesem Sektor gerade wegen der niedrigen Löhne und der schlechten Arbeitsbedingungen dann auch wenig überraschend.

In Hessen sind insgesamt 65 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in einem Dienstleistungsberuf beschäftigt. Betrachtet man die Anteile der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in ausgewählten Berufen am gesamten Niedriglohnsektor, so wird deutlich, dass sich die Niedriglohnbeschäftigung in Hessen stark auf Dienstleistungsberufe konzentriert. So üben knapp 70 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Niedriglohneempfänger in Hessen einen Dienstleistungsberuf aus. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind von den knapp 311.000 Niedriglohnbeschäftigten in Hessen circa 216.000 Personen in einem Dienstleistungsberuf angestellt. Die folgenden Dienstleistungsberufe haben dabei einen besonders hohen Anteil am gesamten Niedriglohnsektor:

- Organisations-, Verwaltungs-, und Büroberufe (16,3 Prozent), z. B. Bürofach- und Bürohilfskräfte, Kassierer, Buchhalter etc. (ggü. 26,0 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Allgemeine Dienstleistungsberufe (12,8 Prozent), z. B. Friseure, Hotel- und Restaurantfachleute, Textilreiniger, Gebäude- und Fassadenreiniger, Hauswirtschaftler etc. (ggü. 4,3 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Verkehrsberufe (11,4 Prozent), z. B. Schienenfahrzeugführer, Omnibusführer, Taxifahrer, Postfachkräfte etc. (ggü. 8,1 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Gesundheitsdienstberufe (8,2 Prozent), z. B. Arzthelfer, Krankenpfleger, Sanitäter etc. (ggü. 5,7 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Warenkaufleute (9,5 Prozent), z. B. Einzelhandelskaufleute, Apothekenhelferinnen, Tankwarte etc. (ggü. 6,5 Prozent an der Beschäftigung insgesamt).

**Abbildung 6: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen in ausgewählten Berufen am gesamten Niedriglohnbereich, 31.12.2010, in Prozent**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Aufgrund der oben genannten Daten vermuten wir, dass ein besonders hohes Niedriglohnrisiko gerade bei Beschäftigten in sogenannten ortsgebundenen Dienstleistungen existiert. Das sind Dienstleistungsbereiche die nicht ohne Weiteres verlagert werden können, wie z. B. Jobs in Bäckereien, im Bewachungsgewerbe, in der Friseurbranche oder auch in der Gastronomie.<sup>17</sup> Das ist insofern bedeutsam, als dass der Niedriglohnsektor eine zentrale Rolle im Diskurs um Mindestlöhne in Deutschland spielt. Neben dem Einwand der Gegner von Mindestlöhnen, dass eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze oberhalb des markträumenden Gleichgewichtslohnsatzes zu einem Angebotsüberschuss und somit zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führe, wird auch die Gefahr der Verlagerung ins Ausland als Argument angeführt (vgl. Bosch/Weinkopf 2007). So wird argumentiert, dass die Einführung eines Mindestlohns dazu führe, dass Unternehmen aufgrund erhöhter Lohnkosten Beschäftigung ins Ausland verlagern würden. Wenn unsere Vermutung zutrifft, dass gerade ortsgebundenen Dienstleistungen von Niedriglöhnen betroffen sind<sup>18</sup>, kann das Outsourcing-Argument zumindest als fragwürdig gelten.

<sup>17</sup> Vanselow (2008) kommt in einer Studie auf der Grundlage der Daten des SOEP zu dem Ergebnis, dass 85 Prozent aller Friseure, 82 Prozent aller Taxifahrer, 63 Prozent aller Beschäftigten in der Gastronomie, 61 Prozent aller Beschäftigten in der Hotellerie und 56 Prozent aller Gebäudereiniger von Niedriglöhnen betroffen sind.

<sup>18</sup> Ein Grund dafür, dass viele ortsgebundene Dienstleistungen von Niedriglöhnen betroffen sind, könnte sein, dass die Tarifbindung in der Dienstleistungsbranche relativ schwach ausgeprägt ist (vgl. Ellguth/Kohaut 2005).

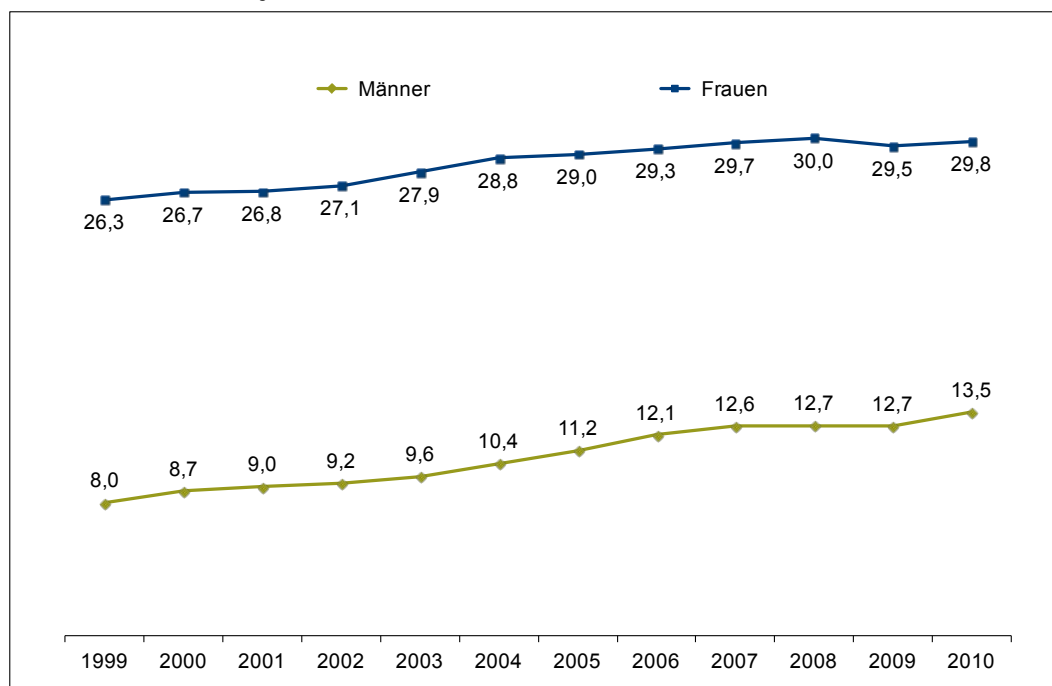
### 3.2 Entwicklung der Niedriglohnstruktur im Zeitverlauf

Neben einer aktuellen Bestandsaufnahme der Struktur des Niedriglohnsektors in Hessen ist es von besonderer Bedeutung wie sich die Niedriglohnstruktur in Hessen im Zeitverlauf entwickelt hat.

Die Analyse der Entwicklung im Niedriglohnsektor nach dem Geschlecht zeigt sowohl einen deutlichen Anstieg des Niedriglohnanteils bei sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen als auch bei sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Männern.

Während im Jahr 1999 knapp jede vierte vollzeitbeschäftigte Frau und circa jeder zwölfte vollzeitbeschäftigte Mann im Niedriglohnsektor beschäftigt war, traf dies im Jahr 2010 bereits auf nahezu jede dritte vollzeitbeschäftigte Frau und etwa jeden siebten vollzeitbeschäftigten Mann zu. Das Risiko für ein Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle beschäftigt zu werden, ist folglich sowohl für vollzeitbeschäftigte Frauen als auch für vollzeitbeschäftigte Männer gestiegen. Vollzeitbeschäftigte Männer sind von dieser Entwicklung, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau, stärker betroffen als vollzeitbeschäftigte Frauen. So ist der Niedriglohnanteil der vollzeitbeschäftigten Männer seit 1999 um 5,5 Prozentpunkte gestiegen, während der Niedriglohnanteil von Frauen um 3,5 Prozentpunkte angestiegen ist.

**Abbildung 7: Anteil der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen und Männer (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Die Entwicklung der Anteile der Niedriglohnempfänger nach Qualifikationen ist besonders wichtig, da dies darüber Aufschluss gibt, ob die Zielgruppe „Geringqualifizierte“ in besonderer Weise durch den Niedriglohnsektor betroffen ist. Tabelle 3 verdeutlicht, dass während der letzten Jahre in allen Kategorien ein Anstieg des Niedriglohnanteils stattgefunden hat. Für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Berufsausbildung hat sich der Niedrig-

lohnanteil seit 1999 um insgesamt 7,7 Prozentpunkte erhöht, welche den stärksten Anstieg aller Kategorien verzeichnen. Es zeigt sich jedoch auch, dass ebenso der Niedriglohnanteil von formal Qualifizierten innerhalb der letzten elf Jahre angestiegen ist. Demnach hat sich der Anteil von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung um drei Prozentpunkte und der Anteil Vollzeitbeschäftigter mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss um 0,9 Prozentpunkte erhöht.<sup>19</sup>

Absolut betrachtet ist die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsausbildung im Niedriglohnsektor jedoch seit 1999 sogar gesunken (um etwa 2.400 Personen), während die Anzahl der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung um knapp 13.300 Personen angestiegen ist. Ähnlich verhält es sich bei den Personen mit Fach- oder Hochschulabschluss: Hier beträgt der Anstieg seit 1999 etwa 3.300 Vollzeitbeschäftigte.<sup>20</sup> Insgesamt sind während der gesamten Beobachtungsperiode deutlich mehr formal qualifizierte Vollzeitbeschäftigte, also Personen die mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, für einen Niedriglohn beschäftigt, als Vollzeitbeschäftigte ohne eine formale Qualifikation.

**Tabelle 3: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsplatz im Niedriglohnbereich in Hessen nach Personenmerkmalen, 1999, 2004 und 2010, jeweils zum 31.12., in Prozent**

Personenmerkmal		Niedriglohnanteil (in Kategorie)		Anteil am gesamten Niedriglohnsektor		Veränderung der SVB, 1999–2010	Veränderung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich 1999–2010
		1999	2010	1999	2010		
<b>Qualifikation</b> (vgl. Fußnote 15)	ohne Berufsausbildung	25,3%	33,0%	22,8%	16,4%	-26,9%	-4,5%
	mit Berufsausbildung	11,7%	14,7%	53,8%	44,7%	-12,0%	+10,5%
	Uni-/ Fachhochschulabschluss	2,6%	3,5%	2,1%	2,6%	+25,7%	+69,0%
<b>Altersgruppe</b>	unter 25 Jahre	40,7%	48,5%	21,0%	16,3%	-22,0%	+3,3%
	25 bis unter 50 Jahre	12,8%	18,0%	64,0%	63,1%	-11,0%	+31,2%
	50 Jahre und älter	10,6%	15,0%	15,0%	20,6%	+25,0%	+82,1%
<b>Nationalität</b>	Deutsche	13,4%	17,6%	83,9%	83,0%	-4,2%	+31,7%
	Ausländer	23,5%	33,5%	16,1%	17,0%	-8,8%	+40,0%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

<sup>19</sup> Allerdings sind die Beschäftigtengruppen ohne und mit Ausbildung innerhalb der letzten zehn Jahre insgesamt geschrumpft. Gab es 1999 noch ca. 212.000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte ohne Berufsausbildung, so waren es 2010 nur noch knapp 155.000. Die Beschäftigtengruppe mit abgeschlossener Ausbildung ist im gleichen Zeitraum von ca. 1.074.000 auf 945.000 Personen geschrumpft. Die höheren Niedriglohnanteile beruhen also auch auf einem kleineren Nenner. Lediglich die Beschäftigtengruppe mit einem akademischen Abschluss ist zwischen 1999 und 2010 um ca. 47.000 Personen von ca. 183.000 auf etwa 230.000 Personen gewachsen.

<sup>20</sup> Bei circa 54.000 Personen ist keine Zuordnung möglich.

Es ist zu bedenken, dass eine wachsende Anzahl von formal Qualifizierten im Niedriglohnsektor die eigentliche Intention der Schaffung eines Niedriglohnsektors, also die Reintegration von gering Qualifizierten in den Arbeitsmarkt, konterkarieren könnte. Thurow (1975) argumentiert über den sogenannten Warteschlangeneffekt, dass Geringqualifizierte aufgrund ihres Qualifikationsprofils in der Warteschlange um einen Job ganz hinten stehen. Bewerben sich zunehmend formal qualifizierte Arbeitnehmer um Niedriglohnjobs und konkurrieren somit mit Geringqualifizierten, so werden Geringqualifizierte vom Arbeitsmarkt zunehmend verdrängt.

Gerade in konjunkturellen Schwächephasen, wo sich mutmaßlich mehr Qualifizierte auf Stellen für Geringqualifizierte bewerben, könnten Geringqualifizierte Verdrängungseffekten ausgesetzt sein. Dies gilt es zu bedenken, wenn man die Arbeitsmarktchancen der Zielgruppe Geringqualifizierte im Auge hat.

In Deutschland haben im jüngsten Arbeitsmarktaufschwung im Hinblick auf ihre Arbeitslosigkeit alle Gruppen profitiert. In Anbetracht der Tatsache, dass eine steigende Nachfrage nach qualifizierter Arbeit erwartet wird, mag man vermuten, dass der Thurow Effekt eher in den Hintergrund tritt. Dazu kommt, dass die Niedriglohnbeschäftigung bei formal Unqualifizierten relativ gesehen mit Abstand am Stärksten ausgeprägt ist. Dennoch stimmt es nachdenklich, dass die Gruppe der Hochschulabsolventen die einzige Gruppe ist, deren Anteil an der Niedriglohnbeschäftigung (ausgenommen die Gruppe der unbekanntenen Ausbildung) gestiegen ist: eine deutlich angestiegene Beschäftigung in diesem Bereich ist offensichtlich auch von ansteigenden Niedriglohnbeschäftigtenzahlen begleitet worden.

Der Niedriglohnanteil an der jeweiligen Gruppe ist in allen Altersgruppen gestiegen. Auffallend ist der hohe Niedriglohnanteil bei den unter 25-Jährigen. In dieser Altersgruppe hat sich der Niedriglohnanteil seit 1999 um 7,8 Prozentpunkte erhöht. Heute ist nahezu jeder zweite Vollzeitbeschäftigte unter 25 Jahren (ohne Auszubildende) unterhalb der Niedriglohnschwelle entlohnt.

Diese Beobachtung könnte insofern optimistisch stimmen, als dass es sich bei dem Phänomen der Niedriglohnbeschäftigung „nur“ um ein transitorisches Phänomen handelt. Allerdings wissen wir nicht, ob die Personen die heute jung und im Niedriglohnbereich beschäftigt sind, tatsächlich mit zunehmendem Alter aus dem Niedriglohnbereich ausscheiden, oder ob sie im Niedriglohnsektor langfristig verweilen und ihren niedrigen Lohn in die nächste Altersgruppe mitnehmen. Mit Hilfe unserer Daten lässt sich leider nicht unterscheiden, ob es ein Effekt des Alters oder der Generation ist.

Darüber hinaus zeigt sich, dass ein konstant hoher beziehungsweise steigender Anteil aller Niedriglohnbeschäftigten aus den mittleren und älteren Altersgruppen stammt. Sowohl heute wie auch schon 1999 sind knapp 64 Prozent aller Niedriglohnbeziehenden zwischen 25 und unter 50 Jahren. Der Anteil der über 50-Jährigen an allen Niedriglohnbeziehenden hat sich seit 1999 zwar um insgesamt 5,6 Prozentpunkte erhöht. Das liegt aber an der Zunahme der Größe dieser Gruppe, wobei insgesamt der Anstieg der Niedriglohnbeschäftigten in dieser Altersgruppe unterdurchschnittlich ausfällt. Der Anteil der unter 25-Jährigen an der Niedriglohnbeschäftigung ist dahingegen um 4,7 Prozentpunkte gesunken, obgleich die Wahr-

scheinlichkeit einer Niedriglohnbeschäftigung in diesem Bereich überproportional angestiegen ist. Dies liegt an der kleiner werdenden Größe der Gruppe der unter 25-Jährigen.

Auffällig ist auch die Veränderung des Niedriglohnanteils unter Ausländern. So ist der Niedriglohnanteil in der Gruppe der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Ausländer seit 1999 um zehn Prozentpunkte angestiegen. Der Niedriglohnanteil in der Gruppe der vollzeitbeschäftigten Deutschen ist innerhalb der letzten Dekade um 4,2 Prozentpunkte gestiegen.

### **3.3 Niedriglohnbeschäftigung nach Berufen in Hessen im Zeitverlauf**

Aufgrund der Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige ist eine Betrachtung der Niedriglohnbeschäftigung in den jeweiligen Wirtschaftsabschnitten im Zeitverlauf leider nur schwer möglich. Die Klassifikation der Berufe liefert jedoch Hinweise darüber, wie sich die Niedriglohnbeschäftigung in verschiedenen Berufen entwickelt hat.

Wie Tabelle 4 zeigt, hat die Niedriglohnbeschäftigung zwischen 1999 und 2010 in nahezu allen Berufen zugenommen. Zu den Ausnahmen gehört der Berufsbereich Sonstige Arbeitskräfte, wie z. B. mithelfende Familienangehörige oder Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe. In diesem Berufsbereich hat sich der Niedriglohnanteil zwischen 1999 und 2010 um 1,3 Prozentpunkte reduziert. Mit 49,9 Prozent verbleibt der Niedriglohnanteil allerdings auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau. Unter den Fertigungsberufen ist lediglich bei den Leder- und Fellarbeitern ein Rückgang des Niedriglohnanteils von 34,4 Prozent im Jahr 1999 auf 33,7 Prozent im Jahr 2010 zu beobachten. Trotzdem existiert auch in diesem Berufsabschnitt ein weit überdurchschnittlicher Niedriglohnanteil. Es handelt sich jedoch um einen sehr kleinen Berufsabschnitt.

In allen anderen Berufen ist der Niedriglohnanteil in Hessen zwischen 1999 und 2010 hingegen angestiegen. Mit Abstand am Stärksten ist der Niedriglohnanteil bei den Hilfsarbeitern ohne nähere Tätigkeitsangabe gestiegen. Innerhalb von elf Jahren hat sich der Niedriglohnanteil in diesen Berufen von 46,6 Prozent auf 64,6 Prozent erhöht. Damit ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in diesem Berufsabschnitt von 5.652 Personen im Jahr 1999 auf 19.674 Personen im Jahr 2010 gestiegen. Insgesamt hat sich der Anteil der Hilfsarbeiter am gesamten Niedriglohnsektor zwischen 1999 und 2010 damit von 2,4 Prozent auf 6,3 Prozent erhöht, eine rasante Entwicklung.

**Tabelle 4: Anteil und Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Berufen, 1999, 2004, 2010 (1999 und 2004: nur Anteil), jeweils zum 31.12., in Prozent**

Berufsbereich/ -abschnitt	1999	2004	Personen im Niedriglohnbereich 2010	2010
<b>Insgesamt</b>	14,4%	16,7%	311.467	19,2%
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	27,9%	31,4%	6.126	37,3%
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	1,7%	3,0%	86	5,5%
<b>Fertigungsberufe</b>	12,7%	15,7%	79.235	20,1%
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	7,5%	12,2%	306	15,8%
Keramiker, Glasmacher	12,6%	12,3%	236	12,9%
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	6,0%	6,7%	2.826	8,0%
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	9,6%	10,2%	1.457	12,7%
Holzaufbereiter, -warenfertiger u. verwandte Berufe	14,6%	18,5%	514	22,6%
Metallerzeuger, -bearbeiter	4,8%	5,6%	1.824	7,1%
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	7,4%	9,0%	10.820	11,5%
Elektriker	9,3%	9,9%	4.454	11,9%
Montierer und Metallberufe, a. n. g.	11,3%	11,0%	3.347	13,0%
Textil- und Bekleidungsberufe	38,5%	40,4%	1.161	40,8%
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	34,4%	34,3%	437	33,7%
Ernährungsberufe	38,5%	44,6%	16.085	47,8%
Bauberufe	8,7%	11,0%	5.033	15,4%
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	12,1%	17,0%	1.503	22,0%
Tischler, Modellbauer	9,9%	11,6%	1.497	15,9%
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	10,6%	14,1%	2.117	17,8%
Warenprüfer, Versandfertigmacher	19,4%	23,2%	5.513	27,3%
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	46,6%	57,0%	19.674	64,6%
Maschinenisten und zugehörige Berufe	2,0%	2,6%	432	4,7%
<b>Technische Berufe</b>	2,5%	3,8%	3.998	2,8%
<b>Dienstleistungsberufe</b>	16,6%	18,5%	215.896	20,5%
Warenkaufleute	25,5%	26,9%	29.647	28,9%
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	4,9%	5,2%	7.179	6,4%
Verkehrsberufe	14,5%	19,1%	35.545	27,2%
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	11,6%	12,3%	50.785	12,0%
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	21,4%	28,6%	10.265	29,0%
Schriftwerkschaffende, schriftwerkverk. sowie künstl. Berufe	10,3%	11,9%	1.869	12,3%
Gesundheitsdienstberufe	22,2%	25,7%	25.675	27,9
Sozial- und Erziehungsberufe, a. n. g. geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	13,1%	14,9%	14.968	19,8%
Allgemeine Dienstleistungsberufe	49,7%	54,4%	39.962	58,3%
<b>Sonstige Arbeitskräfte</b>	51,2%	58,6%	6.058	49,9%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung

Ebenso ist der Niedriglohnanteil in den Verkehrsberufen in den letzten Jahren dramatisch angestiegen (seit 1999 um 12,7 Prozentpunkte auf knapp 27,2 Prozent). Ähnliche Entwicklungen des Niedriglohnanteils können auch in den Ordnungs- und Sicherheitsberufen (+7,6 Prozentpunkte), in den Gesundheitsdienstberufen (+5,7 Prozentpunkte) oder in den Ernährungsberufen (+9,3 Prozentpunkte) beobachtet werden.

Auch wenn der Niedriglohnanteil zwischen den unterschiedlichen Berufen erheblich variiert, kann dennoch ein deutlicher Vormarsch der Niedriglohnbeschäftigung in fast allen Berufen beobachtet werden. Zwar konzentriert sich die Niedriglohnbeschäftigung in Hessen nach wie vor überwiegend auf Dienstleistungsberufe, der wachsende Niedriglohnanteil in anderen Berufen bekräftigt jedoch, dass sich auch hier Niedriglöhne zunehmend vermehren.

#### **4 Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten**

Die Expansion des Niedriglohnsektors hat in den letzten Jahren zu erheblichen politischen Kontroversen geführt. In der politischen und ökonomischen Debatte existieren unterschiedliche Begründungen für die Notwendigkeit der Existenz eines Niedriglohnsektors.

Im Wesentlichen läuft die Diskussion betreffend der Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors entlang einer Frage: „Ist die niedrige Bezahlung der Niedriglohnbeschäftigten durch deren niedrige Produktivität verursacht oder nicht?“ Diejenigen, die diese Frage mit ja beantworten, werden sich eher für einen Niedriglohnsektor aussprechen, als diejenigen die argumentieren, dass Niedriglöhne eher durch Marktmacht der Arbeitsnachfrager verursacht sind (vgl. Manning 2003).

Wir stellen hier zwei Argumente vor, die die Existenz eines Niedriglohnsektors über die Produktivität begründen. Im ersten Fall, steht das Argument im Zentrum, dass insbesondere geringqualifizierte Menschen, die lange in Arbeitslosigkeit waren zunächst vergleichsweise unproduktiv sind und daher bei höheren Gehältern nur geringe Beschäftigungschancen haben. Bietet man ihnen Einstiegschancen bei geringen Löhnen werden sie schnell produktiver und können den Niedriglohnbereich so verlassen. In diesem Falle würden niedrige Löhne neue Beschäftigungschancen schaffen und damit den Wiedereinstieg in eine existenzsichernde Erwerbsbiographie erleichtern.

Eine andere, aber deutlich weniger optimistische Begründung für einen Niedriglohnsektor, bezieht sich ebenfalls auf die Produktivität des Arbeitnehmers, und postuliert, dass es Menschen gibt, die grundsätzlich nur ein geringeres Arbeitsentgelt erwirtschaften können. Diese wären dann bei Existenz eines Niedriglohnsektors dauerhaft zu Niedriglöhnen beschäftigt, andernfalls von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht.

Hinter diesen unterschiedlichen Argumenten für einen Niedriglohnsektor verbergen sich unterschiedliche Annahmen über die Verweildauer von Niedriglohnbeziehern im Niedriglohnsektor. Während im ersten Fall davon ausgegangen wird, dass eine Niedriglohnbeschäftigung als Eintrittsticket in den Arbeitsmarkt und als Sprungbrett in eine besser bezahlte Tätigkeit dienen kann, folgt aus dem zweiten Ansatz, dass Geringverdiener längerfristig von niedrigen Löhnen betroffen sind.

Die Aufstiegsmöglichkeiten von Niedriglohnbeziehern aus dem Niedriglohnbereich sind aber von entscheidender sozialpolitischer Bedeutung. Aus einer sozialpolitischen Perspektive sind kurzfristige Phasen von Niedriglohnbeschäftigung wenig problematisch. Kritisch ist hingegen, wenn die Bezieher von Niedriglöhnen keine oder nur schlechte Aussichten haben, in eine besser bezahlte Tätigkeit aufzusteigen. Im Falle des dauerhaften Verbleibs im Niedriglohnbereich drängt sich die Frage nach einer sozialpolitischen Flankierung oder einer Lohnuntergrenze auf, während im Falle eines schnellen Aufstiegs eine Lohnuntergrenze schädlich sein könnte und die sozialpolitische Flankierung weniger dringend geboten erscheint.

Falls der Niedriglohn Ausdruck geringer Produktivität ist, könnte eine dauerhafte sozialpolitische Flankierung immer noch günstiger sein, als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, die durch eine Lohnuntergrenze entstehen könnte. Falls der Niedriglohn Ausdruck von Marktmacht ist führt die sozialpolitische Flankierung zu hohen Kosten, die etwa durch eine Lohnuntergrenze vermeidbar wären.

Die Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten wurde in einer Reihe von empirischen Studien untersucht (vgl. u. a. Kalina 2008; Schank et al. 2008; Schäfer/Schmidt 2011). Insgesamt kommen diese Studien mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass die Chancen von Niedriglohnbeschäftigten in einen besser bezahlten Job aufzusteigen, eher begrenzt sind.

Schäfer/Schmidt (2011) untersuchen die Entwicklung des Niedriglohnsektors und die Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeziehern zwischen 1994 und 2009 anhand von Daten aus dem sozioökonomischen Panel. Die Studie des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW Köln) bestätigt die deutliche Expansion des Niedriglohnsektors, kommt allerdings zu dem optimistischen Ergebnis, dass die Aufwärtsmobilität von Geringverdienern (circa 24 Prozent steigen jährlich in ein Normalverdienststatus, also zu einem Verdienst oberhalb der Niedriglohngrenze auf) deutlich höher ist als die jährliche Abwärtsmobilität (4,8 Prozent). Aus Sicht der Autoren sind Niedriglöhne daher vor allem Einstiegsgehälter (vgl. Schäfer/Schmidt 2011; Möller 2011b).

Diese Ergebnisse sind jedoch kritisiert worden (vgl. Möller 2011b). Betrachtet man statt der Anteile, die sich auf unterschiedliche Grundgesamtheiten beziehen, die absoluten Zahlen, wird deutlich, dass die Übergänge aus dem Niedriglohn- in den Normalverdienerstatus und andersherum (1,7 Millionen Aufsteiger, 1,2 Millionen Absteiger) nicht so weit auseinander liegen wie es die Studie suggeriert. Berücksichtigt man zudem, dass Normalverdiener nicht nur in den Niedriglohnsektor abrutschen, sondern auch arbeitslos werden können, dann halten sich Auf- und Absteiger die Waage. Kritisch, auch im Hinblick auf das weiter oben angeführte Argument, dass Niedriglöhne Beschäftigungschancen für andernfalls nicht beschäftigte Personen schaffen würden, ist zudem die Erkenntnis, dass im Jahr zuvor die meisten hinzugekommenen Geringverdiener nicht etwa arbeitslos waren (rund 20 Prozent), sondern Normalverdiener (rund 50 Prozent), die einen entsprechenden Abstieg erlebt haben. Darüber hinaus ist die Abstiegs Wahrscheinlichkeit im betrachteten Zeitraum deutlich von vier auf sechs Prozent angestiegen (vgl. Möller 2011b).

Legt man bei der Analyse der Aufstiegsmobilität Sozialversicherungsdaten zugrunde, so kommt man eher zu pessimistischen Schlussfolgerungen. So kommen Schank et al. (2008) zu dem Ergebnis, dass von den Vollzeitbeschäftigten mit Niedrigeinkommen im Jahre 1998

und 1999 sechs Jahre später nur 13 Prozent der Ausgangskohorte einen besser bezahlten Job hatten. Damit gelang lediglich circa jedem achten Niedriglohnbezieher aus der Ausgangskohorte der Sprung in eine besser bezahlte Tätigkeit. Dagegen verblieben 34 Prozent in einer niedrig entlohnten Tätigkeit, knapp 13 Prozent sind in einen Teilzeitjob oder in ein geringfügig entlohntes Beschäftigungsverhältnis gewechselt, 10 Prozent waren arbeitslos und für knapp 29 Prozent lagen keine Informationen über deren Verbleib vor. Der Wechsel in diesen unbekanntem Status bedeutet, dass die Person weder sozialversicherungspflichtig noch geringfügig beschäftigt noch arbeitslos gemeldet ist. Häufig dürfte der Status einen Wechsel in die Stille Reserve oder einen kompletten Rückzug aus dem Erwerbsleben bedeuten.<sup>21</sup>

Kalina (2008) bestätigt dieses pessimistische Ergebnis auch anhand der Daten des sozio-ökonomischen Panels. Dieser Studie zu Folge gelang der Aufstieg aus dem Niedriglohnsektor in eine besser bezahlte Tätigkeit zwischen dem Jahr 2000 und 2005 lediglich jedem sechsten Vollzeitbeschäftigten, während knapp 32 Prozent weiterhin einen Niedriglohnjob hatten.

Wie die Ergebnisse der Mehrzahl der Studien nahelegen, ist Niedriglohnbeschäftigung nur für einen sehr kleinen Teil der Niedriglohnbeschäftigten ein Sprungbrett in eine besser bezahlte Tätigkeit. Der dauerhafte Verbleib im Niedriglohnsektor, sowie der Wechsel zwischen einer Anstellung im Niedriglohnsektor und Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit überwiegen für die Mehrheit der Niedriglohnbezieher.

Insofern spricht mehr für die Variante des Produktivitätsargumentes, die das Problem als dauerhaft ansieht, als für das Argument, dass niedrige Produktivität als lediglich vorübergehendes Phänomen auffasst. Genauso bleibt aber plausibel, dass Firmen dauerhaft ihre Marktmacht ausnutzen und mit Niedriglöhnen Überschussprofite erwirtschaften.

## **5 Ursachen der steigenden Niedriglohnbeschäftigung**

Wie die hier dargestellten Daten zeigen, ist der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung seit Ende der 1990er Jahre in Deutschland deutlich angestiegen. Dies wirft die Frage auf, wie es zu einer so starken Expansion von Niedriglohnjobs kommen konnte?

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig und interdependent. Zum einen kann eine Antwort auf diese Frage in den theoretischen Ansätzen und empirischen Studien gefunden werden, die versuchen die wachsende Einkommensungleichheit bzw. die Lohnspreizung in den modernen Industriestaaten durch ökonomische Faktoren zu erklären.

---

<sup>21</sup> Theoretisch denkbar wäre auch eine Existenzgründung, eine Verbeamtung oder ein Wechsel zum Militär. Aus dem Niedriglohnsektor heraus erscheinen diese Varianten jedoch als eher unwahrscheinlich.

Andererseits spielen institutionelle Faktoren und politische Veränderungen eine wichtige Rolle für die Expansion des Niedriglohnsektors.<sup>22</sup>

Ein einflussreicher Ansatz zur Erklärung der steigenden Lohnungleichheit ist die Theorie des „Skill Biased Technological Change“ (SBTC), also des technischen Wandels, der die verschiedenen Qualifikationsgruppen in unterschiedlicher Weise betroffen hat. Dieser Erklärungsansatz geht davon aus, dass sich im Rahmen des technischen Wandels und insbesondere des zunehmenden Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (vgl. Eichhorst et al. 2005) eine Verschiebung der Arbeitsnachfrage in dem Sinne ergeben hat, dass Hochqualifizierte profitiert haben, während Geringqualifizierte sich relativ und teilweise auch absolut verschlechtert haben (vgl. Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009; Eichhorst et al. 2005). Dieser Trend hat sich diesem Ansatz zufolge in allen entwickelten Staaten während der letzten drei Jahrzehnte vollzogen (vgl. etwa Katz/Autor 1999).

Weitere Erklärungsfaktoren für diese Verschiebung sind die Globalisierung sowie der organisatorische Wandel (vgl. Acemoglu 2002). Organisatorischer Wandel wird damit begründet, dass auf betrieblicher Ebene der technologische Wandel oftmals zu einer Änderung der Arbeitsorganisation führte. So wurde das tayloristische<sup>23</sup> Produktions- und Organisationsmodell in vielen Betrieben von „ganzheitlich organisierten Produktionsabläufen“ abgelöst, die in der Regel deutlich höhere Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten stellten (Eichhorst et al. 2005; Lindbeck/Snowder 1996).

Eine weitere Ursache für die Verschiebung der Arbeitsnachfrage wird in der Globalisierung der Arbeitswelt vermutet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Integration der Schwellen- und Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft dazu geführt hat, dass geringqualifizierte Arbeitskräfte einer verschärften Konkurrenzsituation mit billigeren ausländischen Arbeitskräften ausgesetzt sind. Insbesondere von international agierenden Unternehmen wird diese „Reservearmee“ billiger Arbeitskräfte immer stärker genutzt (vgl. Möller 2011a).

All diese Veränderungen, so das Argument, hat die Produktivität von hochqualifizierten Arbeitnehmern stärker erhöht als die Produktivität von gering Qualifizierten (vgl. Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009; Eichhorst et al. 2005). Die gestiegene relative Produktivität qualifizierter Arbeitnehmer hat zu einer Verschiebung der Arbeitsnachfrage zu Gunsten der hoch qualifizierten Arbeitskräfte und zu Ungunsten der geringqualifizierten Arbeitskräfte geführt, obwohl gleichzeitig eine enorme Ausweitung des Angebotes an qualifizierten Arbeitskräften (die Bildungsexpansion) stattgefunden hat.

---

<sup>22</sup> Allerdings möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das Verhältnis von Veränderung der Lohnungleichheit und Niedriglohnbeschäftigung nicht eindeutig ist: nicht jede Veränderung der Lohnungleichheit führt auch zu einer Veränderung der Niedriglohnbeschäftigung. Im Falle der Globalisierung könnte man argumentieren, dass die Löhne unterhalb des Medians direkt negativ betroffen sind und somit die Niedriglohnbeschäftigung ansteigen könnte. Im Falle des SBTC würde man argumentieren, dass dieser den Median betrafte, nicht aber gleichermaßen alle Löhne zwischen Median und Niedriglohngrenze. In diesem Fall könnte die Zunahme der Lohnungleichheit ebenfalls mit einem Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung einhergehen.

<sup>23</sup> Der Taylorismus war ein betriebliches Produktions- und Organisationsmodell, das einen Arbeitsvorgang in kleinste Einheiten zerlegte, die nur sehr geringe geistige Anforderungen stellten, schnell wiederholbar und somit sehr schnell zu erlernen waren.

























